

An
den Presseverteiler
per E-Mail

29.03.2011

Gemeinsame PRESSEMITTEILUNG der Münsterländischen Bürgerinitiativen

Riesenfreude bei den Interessengemeinschaften Gegen Gasbohren

Nach dem die nordrhein-westfälische Landesregierung am vergangenen Freitag angekündigt hat, die Erkundung von Erdgaslagerstätten für dieses Jahr auf Eis zu legen und zunächst das noch in Auftrag zu gebende Gutachten abzuwarten, hat sich bei den Interessengemeinschaften gegen Gasbohren große Freude breit gemacht. Die Arbeit der vergangenen Monate habe sich gelohnt und dieser erste positive Teilerfolg bestärke die Bürgerinitiativen darin, ihren Weg konsequent weiterzugehen und das Ziel der Verhinderung einer unkonventionellen Erdgasgewinnung nicht aus den Augen zu verlieren, so sind sich die Vertreter der Bürgerinitiativen Gegen Gasbohren aus dem Münsterland einig. Trotz aktuell gegenteiliger Verlautbarungen von ExxonMobil, wo man von einem solchen Aufschub nichts wissen will, werde – so die ausdrückliche Bestätigung des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums vom 29.03.11 – an dieser Entscheidung seitens der Behörden festgehalten.

Bei der unglaublichen Termindichte der zurückliegenden Wochen täte es jetzt gut, ein bisschen das Tempo rauszunehmen und sich in Ruhe den anstehenden Aufgaben widmen zu können. Gleichwohl werde der weitere Prozess natürlich intensiv im Auge behalten und genau geschaut, welchen Expertenkreis die Landesregierung mit der Erstellung des Gutachtens beauftragen und wie das Untersuchungsziel formuliert werde. Die Bürgerinitiativen wollen versuchen, auf die Expertenauswahl Einfluss zu nehmen und sich mit eigenen kritischen Fragen in den Gutachten-Prozess einzubringen. Nach Stuttgart 21, erwarten die Bürgerinitiativen, dass ihnen die verantwortlichen Behörden diese Möglichkeiten auch einräumen. Darüber hinaus wird auch erwartet, dass der Wirtschaftsminister des Landes NRW eine Bundesratsinitiative startet mit dem Ziel, dass auch in den anderen Bundesländern jegliche Fracking-Maßnahmen gestoppt werden.

Eine weitere konkrete Erwartung sei zum Beispiel, dass neben den umweltrelevanten Untersuchungen auch ein bedeutsames Augenmerk darauf gerichtet wird, ob die sehr geringen zu erwartenden Fördermengen den hohen Aufwand und die Risiken überhaupt rechtfertigten. In den bis heute unternommenen Anstrengungen der BIs sei das Thema „Fracking“ sehr dominant gewesen. Aber auch die mit der Erdgasförderung einhergehenden Begleiterscheinungen, wie beispielsweise die deutliche Zunahme des Schwerlastverkehrs, Flächen- und Wasserverbräuche, Veränderungen der Infrastruktur und des Landschaftsbildes, die Belastungen der Luft und des

Grundwassers durch Austreten von Methan, Quecksilber oder natürlicher Radioaktivität, stoßen bei den meisten Menschen auf eine breite Ablehnung.

Das Fazit der Bürgerinitiativen lautet daher: Mit dem Aussetzen der Genehmigungsentscheidungen in NRW wurde ein erster erfreulicher Teilerfolg erzielt, gleichwohl gibt es noch immer eine Menge zu tun.